Frieden entwickeln?

Eine kritische Analyse der Strategien der Internationalen Gebergemeinschaft zur Friedenskonsolidierung in Ruanda

Susanne Buckley-Zistel*

Abstract: In response to the negative impact of development assistance on the Rwandan genocide international donors now seek to contribute to the consolidation of peace. Toward this end, their projects focus on democratisation and institution-building. Although important for building structures for peaceful coexistence, this strategy reveals that the donors' perspective is informed by an understanding of conflict as being over issues, to the exclusion of identity aspects. In Rwanda, the antagonism between Hutu and Tutsi identity groups lies at the heart of the conflict and determines how the groups perceive and use the newly created institutional structures. This does not always contribute to building peace. It is thus paramount that donors include identity aspects in their analyses and project designs.

Keywords: Ruanda, Friedenskonsolidierung, Geber, Diskursanalyse, Demokratisierung

Der Nexus zwischen Sicherheit, Konflikt und Entwicklung ist inzwischen ein Allgemeinplatz. Folglich geht es im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit (EZ) keinesfalls um neutrale, als technokratisch getarnte Interventionen, sondern immer auch um politische Einmischung, die die Machtverhältnisse im Land beeinflusst. Das trifft in verschärftem Maße auf Ruanda vor dem Völkermord zu, obwohl das Land in den 1980er Jahren aufgrund seiner politischen Stabilität und wegen seiner entwicklungsfreundlichen Regierung als Vorzeigemodell erfolgreicher EZ galt. Nicht zuletzt durch Peter Uvins Analyse des Beitrags der internationalen Gebergemeinschaft bei der Verschärfung der strukturellen Konfliktursachen in Ruanda ist die generelle Mitverantwortung der Geber für die Sicherheit eines Landes ins Rampenlicht der Forschung gerückt.[1]

Vor diesem Hintergrund bewertet der vorliegende Artikel die Bemühungen der internationalen Geber, nun in umgekehrter Form nicht Gewalt, sondern Frieden zu entwickeln und zu seiner Konsolidierung beizutragen. Aus einer kritischen Perspektive wird argumentiert, dass die derzeitigen friedenskonsolidierenden Projekte der Geber von einem Verständnis von Konfliktursachen geprägt sind, das sich in erster Linie auf Interessen, z.B. auf Partizipation in politischen Strukturen und Zugang zu Ressourcen, bezieht, die durch neu aufgebaute Institutionen koordiniert werden können. Dabei übersehen die Geber indes die konfliktträchtige Beziehung zwischen den Identitäten der Hutu und Tutsi, die eine lange Geschichte hat. Folglich lassen ihre Projekte diese Konfliktlinien weitgehend unberührt und können so nur marginal zur Friedenskonsolidierung beitragen.

Der Artikel beginnt mit einer kurzen Erläuterung seines zugrundeliegenden epistemologischen Ansatzes und einem Abriss des historischen Hintergrunds des Völkermords. Danach folgt eine Darstellung der Genozidursachen aus Sicht der Geber, deren Reaktion auf die wahrgenommenen Ursachen und einer abschließenden kritischen Bewertung.

1. Konstruktion von Krieg und Frieden

Der Artikel ist in der erkenntnistheoretischen Idee des Postpositivismus verortet und basiert auf der Annahme, dass es zwar eine Wirklichkeit gibt, doch dass wir nur durch unsere Sprache, oder Diskurse, zu ihr Zugang haben. Sprache und Diskurse sind wiederum geprägt durch unser spezifisches Umfeld oder Milieu und da es eine Vielzahl von Milieus gibt, die auf uns Einfluss nehmen, gibt es natürlich auch eine Vielzahl von verschiedenartigen Diskursen. Ziel des gewählten Ansatzes ist, zu zeigen, dass einige Diskurse privilegiert und andere ausgegrenzt werden.[2]

Nun hat das Verhaftetsein in einem bestimmten Milieu nicht nur einen Einfluss auf die Wahrnehmung von Wirklichkeit, sondern bestimmt auch, wie auf diese wahrgenommene Wirklichkeit reagiert wird. In anderen Worten: Die spezielle Sichtweise der Welt beeinflusst, wie man dieser begegnet. Durch dieses situierte Reagieren auf die Welt oder Wirklichkeit, nimmt man immer auch Einfluss auf die Gestaltung eben dieser Wirklichkeit, da jede Handlung ja von der speziellen Wahrnehmung und Interpretation einer Situation geleitet ist.

Im Rahmen einer Bewertung von Friedenskonsolidierungsstrategien führt dies unweigerlich zu den Praktiken und Projekten der verschiedenen friedensbildenden Akteure und zu einer kritischen Analyse, ob sie zu einem dauerhaften Frieden beitragen oder ob sie die Konfliktlinien, im Falle Ruandas zwischen Hutu und Tutsi, unberührt lassen.[3] Dieser Artikel betrachtet die Strategien der internationalen Geber und stützt sich auf umfangreiche Interviews, die ich im Rahmen einer zehnmonatigen Feldforschung in Ruanda (2003-2004) durchgeführt habe. Da es sich beim Postpositivismus um eine epistemologisch ausgerichtete Erkenntniswissenschaft handelt, ist das Ziel nicht, normative Anleitungen für Friedenskonsolidierung anzubieten, sondern relevante Einblicke in die Wahrnehmungs- und Urteilsbildungsprozesse über Konflikte – und die entsprechenden Friedenskonsolidierungsversuche – kritisch zu reflektieren.[4]

* Dieser Aufsatz wurde referiert (peer-review).
Dr. Susanne Buckley-Zistel ist Gastforscherin an der Hessischen Stiftung Friedens- und Konfliktforschung (HSFK).

1 Peter Uvin, Aiding Violence. The Development Enterprise in Rwanda (West Hardtford: Kumarian Press, 1998).

2 Michel Foucault, Power/Knowledge. Selected Interviews and Other Things. (Hemel Hempstead: Harvester Wheatsheaf, 1980).

3 Dies ist Gegenstand eines weiteren Forschungsprojekts, dass von der Deutschen Stiftung Friedensforschung (DSF) finanziert wurde.

4 Für eine ausführliche Erörterung siehe Susanne Buckley-Zistel, ›In-Between War and Peace. Identities, Boundaries and Change after Violent Conflict‹, Millennium 35, no. 1 (2006).

https://doi.org/10.5771/0175-274x-2007-2-77
Generiert durch IP '3.137.210.89', am 12.10.2024, 09:43:45.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

2. Hintergrund des Völkermords

Ruanda besitzt eine sehr umstrittene und politisierte Geschichte, die hier nur kurz umrissen werden kann.[5] Das Land war zunächst eine deutsche und dann eine belgische Kolonie. Wie in vielen afrikanischen Ländern praktizierten die Kolonialmächte ein System des indirekten Regierens, indem sie eine Volksgruppe, im Falle Ruandas die Tutsi-Minorität, die ca. 15% der Bevölkerung ausmachte, als »Überrasse« wählten und mit Hilfe ihrer Machtstrukturen das Land regierten. Die Wahl der Tutsi wurde durch deren angebliche Artverwandtheit mit den Kolonialisten und der Hypothese erklärt, dass die Tutsi ursprünglich von Europäern abstammen und nach Ruanda emigriert sind. Die Tutsi als Einwanderer darzustellen, hatte jedoch verheerende politische Konsequenzen.[6] So fühlte sich die Hutu-Mehrheit nicht nur von den Kolonialisten aus Europa unterdrückt, sondern sah auch die Tutsi als fremde Besatzungsmacht an. Gegen Ende des Kolonialismus im Jahre 1959 führte dies zur sogenannten ›Sozialen Revolution‹ der Hutu, dem ersten Pogrom gegen die Tutsi und zur Etablierung einer Anti-Tutsi-Regierung nach der Unabhängigkeit im Jahre 1962. Die Unterdrückung und Diskriminierung der Tutsi dauerte trotz wechselnder Pro-Hutu-Regierungen bis 1994 an und führte anfänglich zu gelegentlichen gewaltsamen Angriffen, die den Exodus zehntausender Tutsi in benachbarte Länder und nach Europa auslösten. Unzufrieden mit dem Leben im Exil formierte sich in Uganda im Jahre 1990 eine Gruppe von Tutsi unter dem Namen »Rwandan Patriotic Front/Army« (RPF/A), um in Ruanda einzumarschieren und gewaltsam die Macht zu übernehmen. Der Invasionskrieg dauerte vier Jahre und führte zu einem vermehrten Druck auf die Hutu-Regierung, die politischen Strukturen zu öffnen und demokratische Wahlen zuzulassen. Angesichts des drohenden Machtverlusts begann die Regierung eine Hetzkampagne gegen alle Tutsi, die zu dem tragischen Völkermord von 1994 führte. Nach drei Monaten der Gewalt und Massaker an den Tutsi gelang es der Pro-Tutsi RPF schließlich, das Land militärisch einzunehmen und den Genozid zu stoppen.

3. Die internationalen Geber in Ruanda

Mit Blick auf die Wechselwirkung zwischen EZ und Konflikten im Allgemeinen und Ruanda im Besonderen, besteht unter den internationalen Gebern ein großes Interesse, zum Friedenskonsolidierungsprozess in Ruanda beizutragen. Zu diesem Zweck haben sie eine Reihe von Ursachen für den Genozid identifiziert und versuchen nun gezielt, mit entsprechenden Projekten konfliktmildernd auf diese einzuwirken. Im Großen und Ganzen erscheint ihnen die Manipulation der Bevölkerung durch Eliten als bedeutsamste Ursache. Nachfolgend wird nun kurz auf dieses Argument eingegangen, um seine Relevanz für den Völkermord darzustellen.[7]

Manipulation zum Machterhalt

Gegenstand dieser Erklärung für die Ursachen des Genozids ist das Streben der Regierung nach Machterhalt. Wie oben bereits geschildert, verstärkte sich die nationale und internationale Forderung, Ruandas politisches System zu demokratisieren nach der RPF-Invasion im Jahre 1990 und dem andauernden Krieg. Angesichts ihres drohenden Machtverlusts – und insbesondere nach dem Friedensvertrag von Arusha aus dem Jahre 1993, der eine Teilhabe der Tutsi-RPF an der Regierung vorsah – begann die Hutu-Regierung mit einer Hetzkampagne gegen alle Tutsi und nutzte ihre Machtstrukturen zur Mobilisierung gegen die Tutsi. Da Ruanda ein sehr kleines, dicht besiedeltes und sehr straff organisiertes Land ist, erreichte die Aufforderung, alle Tutsi zu töten, schnell weite Teile der Bevölkerung.

Im Zentrum dieser Analyse der Genozidursachen steht das Handeln politischer Akteure. Diese Betrachtung stellt auf die Verfügbarkeit von Gütern wie den Zugang zu Macht und Ressourcen ab und erklärt den Völkermord zum Konflikt über Interessen. Natürlich existieren in vielen Fällen wesentlich komplexere Geberanalysen, doch ist es für den Zeck dieses Artikels wichtig, jene Ursachen hervorzuheben, die letztendlich die Geberstrategien zur Friedenskonsolidierung in Ruanda beeinflusst haben.

4. Friedenskonsolidierungsstrategien der Geber

Wie eingangs erwähnt, basiert dieser Artikel auf der Annahme, dass unsere Wahrnehmung der Wirklichkeit bestimmt, wie wir auf diese reagieren. Für die internationalen Geber in Ruanda bedeutet dies, dass sie ihre Friedenskonsolidierungsbemühungen als Antwort auf die wahrgenommenen Ursachen gestalten. Um in Zukunft der Manipulation der Bevölkerung durch Eliten entgegenzuwirken, gewaltsamem Machterhalt vorzubeugen und den Ausschluss von Minderheiten zu verhindern, fördern Geber in Ruanda den Aufbau demokratischer Institutionen, was sich, wie unten dargestellt, in ihren Finanzierungsprioritäten widerspiegelt.

Die Strategie der Geber ist eingebettet in das global vorherrschende normative Gerüst des liberalen Friedens. Dies beruht auf der Annahme, dass es in erster Linie demokratische Strukturen und ein gerechter Zugang zu Ressourcen sind, die sich konfliktmindernd auswirken werden. Der Politikwissenschaftler Roland Paris hat diese Auffassung wie folgt ausgedrückt: »Underlying the design and practise of these operations [is]

5 Siehe auch Susanne Buckley-Zistel, ›Remembering to Forget. Chosen Amnesia as a Strategy for Local Coexistence in Post-Genocide Rwanda‹, Africa 76, no. 2 (2006); Rene Lemarchand, ›Coming to Terms with the Past: The Politics of Memory in Post-Genocide Rwanda‹, Observatoire de l'Afrique 2000; Catherine Newbury, ›Ethnicity and the Politics of History in Rwanda.‹ in Genocide, Collective Violence, and Popular Memory. The Politics of Remembrance in the 20th Century, ed. David E. Lorey and William H. Beezley (Wilmington: Scholarly Resources, 2002).

6 Susanne Buckley-Zistel, ›Dividing and Uniting. The Use of Citizenship Discourses in Conflict and Reconciliation in Rwanda‹, Global Society 20, no. 1 (2006); Mahmood Mamdani, When Victims Become Killers. Colonialism, Nativism and the Genocide in Rwanda (Oxford: James Currey, 2001).

7 Siehe z. B. Pyt Douma, ›The Netherlands and Rwanda. A Case Study on Dutch Foreign Policies and Interventions in the Contemporary Conflict History of Rwanda‹, (Den Haag: Clingendael Institute, 2000), 65. USAID, ›Foreign Aid and International Interest. Promoting Freedom, Security and Opportunity‹, (Washington: USAID, 2002), 99. UNDP, ›Project Profiles. UNDP Country Cooperation 2004-2008‹, (Kigali: UNDP, 2004), 5. Diese entspricht auch der Einschätzung der ruandischen Regierung. Buckley-Zistel, ›Dividing and Uniting‹; NURC, ›Nation-Wide Grassroot Consultations Report: Unity and Reconciliation Initiatives in Rwanda‹, (Kigali: NURC, 2000c), 6; NURC, ›The Road towards Unity and Reconciliation. Ten Years After (1994-2004)‹, (Kigali: NURC, 2004).

https://doi.org/10.5771/0175-274x-2007-2-77
Generiert durch IP '3.137.210.89', am 12.10.2024, 09:43:45.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

Die wichtigsten 10 Geber	(US$m)	Sektor
WB	63	Budgetfinanzierung, ländliche Entwicklung, Energie, Aus- und Fortbildung von Arbeitskräften
USA	49	Entwicklung des Privatsektors, Gesundheit
EK	48	Budgetfinanzierung, Infrastruktur, ländliche Entwicklung
GB	48	Budgetfinanzierung, Regierungsführung, Bildung
Niederlande	21	Regierungsführung, Demobilisierung und Reintegration
Belgien	21	Gesundheit
Schweden	14	Budgetfinanzierung
Deutschland	12	Regierungsführung
AfDB	11	Budgetfinanzierung, Infrastruktur, Bildung
Frankreich	10	Kultur
Insg.	297	

Sektor	Untersektoren	% EZ
Regierungsführung	Allgemeine öffentliche Verwaltung (Exekutive, Legislative, Finanzen, Außenpolitik, Statistik, Verschuldung, Arbeitsmarkt usw.)	40
Soziale Entwicklung	Bildung	11
Soziale Entwicklung	Soziale Unterstützung (Sozialfürsorge, Gender, Randgruppen usw.)	10
Soziale Entwicklung	Gesundheit	8
Produktion und Umwelt	Landwirtschaft	7,5
Infrastruktur	Land, Wohnung, usw.	7,5
Regierungsführung	Recht, Ordnung und Sicherheit	7
Infrastruktur	Transport und Kommunikation	3
Produktion & Entwicklung	Industrie und Handel	2
Infrastruktur	Wasser und Hygiene	2
Soziale Entwicklung	Jugend, Kultur und Sport	1
Infrastruktur	Energie	0,5
Produktion & Entwicklung	Umweltschutz	0,5

… the hope and expectations that democratisation would shift societal conflicts away from the battlefield and into the peaceful arena of electoral politics.«[8] Zentral ist das Anliegen, Konflikte über Interessen und Güter zu kanalisieren und zu verregeln, um sie dadurch zu entschärfen, wobei dem Aufbau von demokratischen Staatsstrukturen und -institutionen besonderes Gewicht zukommt.[9] Diesem Rational folgend, zielen die Bemühungen der Geber hauptsächlich auf die oberen und mittleren Führungsebenen.

Der Aufbau demokratischer Strukturen erfordert eine enge Kooperation mit der Regierung. Das dies auch in Ruanda der Fall ist, wird deutlich, wenn man sich die finanziellen Ströme der EZ anschaut. Ruanda erhält ca. 300 Mio. USD Entwicklungshilfe pro Jahr, was 60% der staatlichen Ausgaben ausmacht.[10] Ungefähr die Hälfte der Zuwendungen, insbesondere von der (WB), der Europäischen Kommission (EK), der Afrikanischen Entwicklungsbank (AfDB), von Schweden (SIDA) und von Großbritannien (DFID) fließen als Budgetfinanzierung direkt in den Regierungshaushalt. Die übrigen Geber haben einen Großteil ihrer Entwicklungsprogramme der Regierungspolitik angeglichen, insbesondere der Vision 2020 und den nationalen Strategiepapieren zur Armutsminderung.[11] Die Tabelle bietet einen Überblick über aktuelle Finanzierungsschwerpunkte der Geber.

Sie zeigt, welche Geber durch Budgetfinanzierung oder der Finanzierung des Sektors Regierungsführung eng mit der Regierung zusammenarbeiten. Dieser Eindruck verstärkt sich noch, wenn man sich die EZ aus der Perspektive der geförderten Sektoren anschaut:[12]

Die Tabelle veranschaulicht, dass dem Sektor Regierungsführung eine wichtige Rolle zukommt. Ein äußerst beträchtlicher Teil, insgesamt 47% aller Zuwendungen, werden für diesen Bereich ausgegeben. In Verbindung mit dem starken Fokus auf Budgetfinanzierung zeigt sich, welche Bedeutung die Geber dem

8 Roland Paris, At War's End: Building Peace after Civil Conflict (Cambridge: Cambridge University Press, 2004), 5.

9 Gemäß Peter Uvin gibt es drei Erklärungsmuster für den Genozid: Manipulation der Eliten, ökologische Faktoren und sozio-psychologische Dispositionen der Täter, wobei erstere zu den meisterwähnten Ursachen zählt. Peter Uvin, ›Reading the Rwandan Genocide‹, International Studies Review 3, no. 3 (2001).

10 World Bank, Rwanda Country Brief (World Bank, 29.8.2006 2006 [cited 29.1.2007 2007]); available from http://web.worldbank.org/WBSITE/EXTERNAL/COUNTRIES/AFRICAEXT/RWANDAEXTN/0,,menuPK:368714~pagePK:141132~piPK:141107~theSitePK:368651,00.html.

11 Zu einer ähnlichen Einschätzung über die Staatslastigkeit der deutschen EZ kommt auch Andreas Mehler, ›German Post-Conflict Reconstruction Efforts in Africa: Are the Relevant Questions Addressed?‹ German Foreign Policy in Dialogue 4, no. 10 (2003): 10.

12 République du Rwanda/Ministere des Finances et de la Planification Economique, ›Répertoire de la'Aide Exterieure au Rwanda. Vol 1: Répartition des Interventions par Sécteur‹, (Kigali: CEPEX, 2004), 7.

https://doi.org/10.5771/0175-274x-2007-2-77
Generiert durch IP '3.137.210.89', am 12.10.2024, 09:43:45.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

Aufbau demokratischer Strukturen beimessen. Dies führt zu einer enormen Stärkung der ruandischen Regierung.

Ein erheblicher Teil davon (7% aller Zuwendungen, d.h. 18,68 US$m) wird für den vergleichsweise kleinen Untersektor Recht, Ordnung und Sicherheit verwandt. Dabei steht die strafrechtliche Aufarbeitung des Völkermords, insbesondere in Form der Gacaca-Tribunale, im Vordergrund. Ursprünglich waren dies indigene Dorfgerichte, d.h. Konfliktlösungsforen, mit deren Hilfe auf lokaler Ebene Verbrechen geahndet werden konnten.[13] Die heutige Form der Gacaca-Tribunale unterscheidet sich allerdings maßgeblich von ihrer ursprünglichen Ausgestaltung, da sie nicht den Gemeinden entwachsen, sondern von oben implementiert und gesteuert werden. Nichtsdestoweniger setzen die Geber und die ruandische Regierung große Hoffnung auf die Gacaca. Bis Anfang 2003 waren ca. 120.000 Genozidverdächtige in ruandischen Gefängnissen inhaftiert, was nicht nur ein unrechtmäßiges Festhalten von potentiellen Unschuldigen bedeutete, sondern auch außerordentlich hohe Kosten verursachte.[14] Da es nach vorsichtigen Schätzungen ca. 100 Jahre dauern würde, bis allen Angeklagten ein ordentlicher Gerichtsprozess gemacht werden würde, entwickelten sich die Gacaca schnell zu einer notwendigen Alternative. Hier werden angeklagte Gemeindemitglieder von ihrer eigenen Gemeinde angehört und, falls für schuldig befunden, verurteilt. Mit ungefähr 12.000 Tribunalen, die im ganzen Land verteilt sind, kann der Rechtssprechungsprozess ungemein beschleunigt werden.

Friedenskonsolidierungsprozess in Ruanda

Vor dem Hintergrund der deutlichen Schwerpunktsetzung der internationalen Geber auf Demokratisierung, stellt sich die Frage, ob und inwiefern diese zur Friedenskonsolidierung beitragen. Vom Wunsch getragen, einer erneuten Elitenmanipulation durch effektive und verantwortungsvolle Institutionen entgegenzuwirken, ist es Ziel der EZ, allen ethnischen Gruppen politische Partizipation zu ermöglichen. Doch nach Meinung einiger Ruandaexperten repräsentiert die Regierung und ihre Institutionen keinesfalls alle ethnischen Gruppen, sie gleichen vielmehr einem Tutsi/RPF-dominierten Regime, das an seiner der Macht festhält.[15] Als Beispiel hierfür dienen unter anderem die Präsidentschafts- und Parlamentswahlen sowie das Verfassungsreferendum aus dem Jahre 2003. Im Vorfeld der Wahlen wurde die einzige Pro-Hutu-Partei wegen angeblicher spalterischer Diskurse aufgelöst, Oppositionskandidaten eingeschüchtert und kontroverse Zeitungen verboten. Dass der frühere RPF-Rebellenführer und inzwischen langjährige Präsident Paul Kagame mit über 95% der Stimmen im Amt bestätigt wurde und dass die RPF selbst mit 73% der Stimmen ins Parlament einzog, lässt weniger auf demokratischen Wettbewerb als auf Manipulation und Einschüchterung schließen.[16] Trotz vieler Versuche, die Geber wachzurütteln,[17] interpretierte die Mehrheit die Wahlen als äußerst erfolgreich und als Zeichen einer fortschreitenden Demokratisierung und einer Verbesserung der interethnischen Beziehungen. So erklärte z.B. ein hoher Beamter der deutschen Botschaft in einem Interview, es sei ein Indikator für den erfolgreichen Verlauf des Aussöhnungsprozesses, dass sich die Ruander geschlossen hinter Kagame gestellt haben. Es fällt schwer, diese Interpretation zu teilen. Die Einschränkung der zivilen und politischen Rechte hat nicht nur zu erhöhten Ressentiments gegen die Regierung geführt, vielmehr stellt der Sieg der RPF für viele eine Provokation dar, betrachten sie doch Präsident Kagames Partei als Besatzungsmacht, die 1994 den Krieg gewonnen hat.[18] Entgegen der guten Absichten der Geber bringt daher die Umsetzung der Demokratisierung nicht nur positive Effekte, sondern wirkt sich auch negativ auf die Beziehungen zwischen Hutu und Tutsi aus. Das Gefühl, dass die Macht in Ruanda in den Händen einer Tutsi-Minderheit bleibt, könnte als Nährboden für zukünftige Aggressionen dienen.[19]

Ähnliche Schwierigkeiten zeichnen sich im Justizsektor ab, vor allem hinsichtlich der Gacaca-Tribunale. Obwohl ihr Verfahrensprozess zu komplex ist, um ihn hier zu erörtern, muss angemerkt werden, dass sich Gacaca inzwischen nicht als gemeinhin friedensbildend, sondern in einigen Fällen als potentiell konfliktverschärfend herausgestellt hat.[20] Trotz vereinzelter Erfolge in einigen Distrikten ist die Bilanz bisher eher negativ: Alte Wunden zwischen Hutu und Tutsi werden wieder aufgerissen und Antagonismen verschärft. Korruption, Bestechung und Einschüchterung von Zeugen und Richtern, verbale Angriffe und Beschimpfungen während der Zeugenaussagen, Teilaussagen oder falsche Geständnisse (nach einer Umfrage nehmen 60% der ruandischen Bevölkerung an, dass im Gacaca gelogen wird)[21] und vor allem die mangelnde Bereitschaft der Hutu-Gemeindemitglieder, gegen ihre Freunde und Nachbarn auszusagen, unterminieren den Rechtssprechungsprozess zu Gunsten der Hutu und führten zu einer einseitigen Aufarbeitung der Vergangenheit. Nachdem 2003 drei Tutsi-Überlebende und potentielle Gacaca-Kläger ermordet wurden und die vermutete Dunkelziffer von Morden an Zeugen noch viel höher liegt, haben inzwischen auch die Geber und die Regierung das explosive Potential von Gacaca erkannt.[22] Zur Konsolidierung des ruandischen Friedens erscheinen sie eher ungeeignet.

13 Susanne Buckley-Zistel, ›»The Truth Heals«? – Gacaca Jurisdiction and the Consolidation of Peace in Rwanda‹, Die Friedens Warte 80, no. 1-2 (2005).
14 Inzwischen wurde eine große Zahl der Insassen teilweise provisorisch entlassen.
15 Rony Brauman, Stephen Smith and Claudine Vidal, ›Rwanda: politique de terreur, privilège d'impunité‹, Espirt August-September (2000); International Crisis Group, ›Rwanda at the End of the Transition: a Necessary Political Liberalisation‹, (Nairobi/Brussels: ICG, 2002); Filip Reyntjens, ›Rwanda, Ten Years on: from Genocide to Dictatorship‹, African Affairs 103 (2004).
16 Siehe hierzu auch die Evaluation der EU-Wahlbeobachter: European Union, Rwanda: Election Presidentielle 25 Aout 2003; Election Legislatives 29 et 30 Septembre, 2 Octobre 2003. Mission d'Observation Electoral de l'Union Europeenne. Rapport Final (Brussels: European Union, 2004).
17 Peter Uvin, ›Wake Up! Some Personal Reflections and Policy Proposals‹, (The Flechter School, Tufts University, 2003). For a later assessment see also Aid Christian, ›It's Time to Open Up. Ten Years after the Genocide in Rwanda: A Christian Aid Report on Government Accountability, Human Rights and Freedom of Speech‹, (London: Christian Aid, 2004).
18 Dieser Eindruck entstand in meinen zahlreichen Interviews. Zu einer ähnlichen Einschätzung kamen auch Timothy Longman, Phuong N. Pham and Harvery M. Weistein, ›Trauma and PTSD Symptoms in Rwanda. Implications for Attitudes towards Justice and Reconciliation‹, American Medical Association 292, no. 5 (2004).
19 Laure-Hélèn Piron and Andy McKay, ›Aid in Difficult Environments: Rwanda Case Study‹, (London: ODI, 2004), 29.
20 Buckley-Zistel, ›»The Truth Heals«?‹
21 Republic of Rwanda, ›La Participation à la Gacaca et la Réconciliation Nationle‹, (Kigali: Republic of Rwanda, 2003).
22 Ad hoc Parliament Commission on Genocide Ideology, ›Genocide Ideology‹, (Kigali: Parliament of Rwanda, 2004).

https://doi.org/10.5771/0175-274x-2007-2-77
Generiert durch IP '3.137.210.89', am 12.10.2024, 09:43:45.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

Von einer einseitigen Aufarbeitung der Vergangenheit profitieren indes nicht nur Hutu, sondern auch Präsident Kagame und die RPF. Die ausschließliche Reduktion der Gacaca auf Genozidvergehen, unter Ausklammerung der Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit durch die RPF-Truppen während und nach dem Völkermord, führt dazu, dass die RPF nicht zur Rechenschaft gezogen wird und viele Hutu den Prozess als Siegerjustiz betrachten. Sie argumentieren, dass auch sie Opfer von Krieg und Gewalt waren – die Opferzahl der Hutu in Krieg und Völkermord beläuft sich auf 25.000-45.000[23] – doch das ihre Rechte nicht zählen.

Zusätzlich zu den Genozidverfahren sind die Gerichtsverfahren in Ruanda oft sehr politisch: Häufig wird ein Regimekritiker festgenommen, bevor nach konkreten Anschuldigungen gesucht wird.[24] Rechtsprechung läuft so Gefahr, zum erfolgreichen Mittel des Machterhalts zu werden. Kritisch wurde daher angemerkt, dass ›[i]n Rwanda …the whole edifice of a national criminal justice system sits uneasily atop a morass of unresolved but unavoidable issues of power, control, representation, legitimacy, identity, and identification: in short, of politics‹.[25] Obwohl dies in gespaltenen Nachkriegsgesellschaften keine Seltenheit ist, wird das Problem bislang von vielen Gebern ignoriert.

5. Kritik an den Geberansätzen und Analyse des Konfliktpotentials in Ruanda

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass trotz explizitem Fokus auf Friedenskonsolidierung die Demokratisierungsstrategie der Geber nicht unbedingt den gewünschten Erfolg hat. Das rührt vor allem daher, dass sie sich zu sehr auf den Staat und staatliche Akteure konzentrieren, die Stimmungen und Denkmuster der Bevölkerung nicht wahrnehmen und somit entstehende Probleme nicht frühzeitig erkennen.[26] Die Geber betrachten den Aufbau von Institutionen als eine apolitische und neutrale technische Intervention, ohne den politischen Kontext, in dem die Institutionen operieren, mit einzubeziehen. Von Bedeutung ist hier vor allem das Streben der Regierung nach Machterhalt und ihre nach wie vor fehlende Akzeptanz innerhalb der Hutu-Mehrheitsbevölkerung. Dreizehn Jahre nach dem Völkermord ist Ruanda noch immer ein gespaltenes Land, was sich auf das Funktionieren und die Qualität demokratischer Strukturen niederschlägt.

Was der Ansatz der Geber ignoriert und was sich im Falle Ruandas zeigt, ist, dass ein Staat nicht nur aus staatlichen Strukturen besteht, sondern auch aus einem Volk. Während die Existenz von Staatsstrukturen für Interessenkonflikte von Bedeutung ist, bleiben Identitätenkonflikte durch ihr Wirken zumeist unberührt – und gerade diese sind in Ruanda von immenser Bedeutung. Vor allem ist hier natürlich der Antagonismus zwischen Hutu und Tutsi zu erwähnen. Er wurde, wie oben bereits beschrieben, während des Kolonialismus durch die Strategie des indirekten Regierens politisiert und in der Zeit unmittelbar nach der Unabhängigkeit verschärft. Obgleich vor Einmarsch der RPF-Truppen im Jahre 1990 die Kluft zwischen Hutu und Tutsi teils an Bedeutung verloren hatte, ist sie heute nach den Hetzkampagnen, aber vor allem auch nach den erschütternden Erfahrungen von Krieg und Völkermord signifikanter denn je. Jeder der damals in Ruanda lebte hat in irgendeiner Form unter den Massakern gelitten und Angehörige, Haus und Hof verloren – sei es als Tutsi-Opfer oder Hutu-Vertriebene, Gefangene, Mitläufer oder Beschützer. Meine Forschung in ländlichen Gebieten hat gezeigt, wie Verbitterung und Feindschaft das tägliche Miteinander bestimmen, einschließlich verbaler Angriffe und Morddrohungen. Dies offenbart sich zum Beispiel deutlich in den informellen Diskussionen über das Erinnern des Völkermords. Die alljährlichen Gedenkfeiern sind oftmals ein Anstoß für heftige Dispute, wer denn nun die wahren Opfer von Krieg, Genozid und Flucht sind. Während die Tutsi-Überlebenden auf ihre exklusive Opferrolle pochen, argumentieren viele Hutu, dass auch sie alles verloren haben. Obwohl sie weniger Opfer von direkten Angriffen waren, sind doch zehntausende in den Flüchtlingslagern im Kongo, in den überfüllten Gefängnissen in Ruanda oder im Krieg ums Leben gekommen.

6. Fazit

Abschließend bleibt zu wiederholen, dass unsere Wahrnehmung von einem bestimmten Umfeld oder Milieu bestimmt ist und so den Rahmen unserer Interpretationsmöglichkeiten limitiert. In diesem Artikel habe ich gezeigt, wie die Analyse der Genozidursachen der Geber in Ruanda von der Einbettung in ein normatives Gerüst – den liberalen Frieden – bestimmt wird, welches in erster Linie auf demokratische Institutionen und Ressourcenverteilung als Garant für Frieden fokussiert und auf die oberen und mittleren Führungsschichten zielt. Konflikt wird in erster Linie als Interessenkonflikt verstanden. Als Reaktion auf diese wahrgenommenen Genozidursachen fördern die Geber eine Reihe von Projekten, die sich in erster Linie mit der Etablierung effektiver und verantwortungsvoller Institutionen beschäftigen. Obwohl all diese Projekte relevant sind, ist ihr Erfolg oftmals begrenzt, da sie von den verschiedenen, polarisierten Bevölkerungsgruppen Hutu und Tutsi anders wahrgenommen und genutzt werden als die Geber es vorsehen. Der Fokus der Geber auf die Makroebene vernachlässigt die Bedeutung der Antagonismen zwischen den Identitätsgruppen und wirkt so oft an der Bevölkerung vorbei. Aus einer praxisorientierten Perspektive, die zur Verbesserung der Friedenskonsolidierung beitragen möchte, ist es daher nötig, dass die Geber ihren Blickwinkel erweitern, um nicht nur Strukturen, sondern auch Menschen in ihre Analyse mit einzubeziehen, d.h. ihr Verständnis von Konflikten als Interessenkonflikte um die Komponente Identität erweitern. Demokratische Staatsstrukturen benötigen einen Demos, der willens ist, eben diese zu akzeptieren und in ihnen zu funktionieren. Im noch immer gespaltenen Ruanda liegt die Existenz eines identitätenüberspannenden Demos noch in weiter Ferne und bedarf daher besonderer Berücksichtigung bei der Planung und Implementierung von EZ-Projekten.

23 HRW, »Leave None to Tell the Story.« Genocide in Rwanda (Washington: Human Rights Watch, 1999), 728.

24 Jean Paul Kimonyo et al., ›Rwanda Democracy and Governance Assessment‹, (Washington: USAID, 2002), 46.

25 Helena Cobban quoted in Barbara Oomen, ›Donor-Driven Justice and its Discontent: The Case of Rwanda‹, Development and Change 36, no. 5 (2005): 907.

26 Während meiner Forschung in Ruanda hatten weder die deutsche GTZ noch das britische DFID eine Konfliktanalyse durchgeführt, obgleich beide Institutionen Konfliktsensitivität propagieren und federführend bei der Entwicklung und Verbreitung von sogenannten Peace and Conflict Impact Assessment Tools sind. Ausnahme ist hier eine GTZ-Studie über regionale Ernährungssicherung. Gabriele Kruk and Sonja Vorwerk, ›Konfliktanalyse Ruanda. Ernährungssicherung und strukturelle Stabilität im Süden von Ruanda‹, (Eschborn: GTZ, 2003).

https://doi.org/10.5771/0175-274x-2007-2-77
Generiert durch IP '3.137.210.89', am 12.10.2024, 09:43:45.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.